

Kaack, Heike

Reform im Wartestand. Die Bildungspolitik der DDR vor der Wende

Dudek, Peter [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang. Weinheim u.a. : Beltz 1993, S. 89-101. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 30)



Quellenangabe/ Reference:

Kaack, Heike: Reform im Wartestand. Die Bildungspolitik der DDR vor der Wende - In: Dudek, Peter [Hrsg.]; Tenorth, Heinz-Elmar [Hrsg.]: Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Lernprozeß mit ungewissem Ausgang. Weinheim u.a. : Beltz 1993, S. 89-101 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-105943 - DOI: 10.25656/01:10594

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-105943>

<https://doi.org/10.25656/01:10594>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

30. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

30. Beiheft

Transformationen der deutschen Bildungslandschaft

Lernprozeß mit ungewissem Ausgang

Herausgegeben von

Peter Dudek und H.-Elmar Tenorth

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1993

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Fotokopien für den persönlichen oder sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benützte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG Wort, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1993 Beltz Verlag · Weinheim und Basel
Herstellung (DTP): Klaus Kaltenberg
Satz: Satz- und Reprinttechnik GmbH, Hemsbach
Druck: Druck Partner Rübelmann GmbH, Hemsbach
Printed in Germany
ISSN 0514-2717

Bestell-Nr. 41131

Inhaltsverzeichnis

PETER DUDEK/H.-ELMAR TENORTH	
Vorwort.....	7
 <i>I.</i>	
SIEGFRIED WOLF	
Worte, in den Wind gesprochen.....	13
 <i>II.</i>	
KLAUS JÜRGEN TILLMANN	
Staatlicher Zusammenbruch und schulischer Wandel. Schultheoretische Reflexionen zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß.....	29
GUNDEL RICHTER/BERND-REINER FISCHER	
Städtischer Schulalltag im Wandel. Eine Lehrerperspektive.....	37
BENNO HAFENEGER	
Aus westlicher Sicht. Ein Bericht über Lehr-Erfahrungen im revolutionären Wandel	49
GERD EGGERS	
„Nun sag’, wie hast du’s mit der Religion?“ Erlebnisse und Reflexionen um einen Brandenburger Modellversuch im Kontext gesamtdeutscher Schulreform	61
 <i>III.</i>	
ULRICH WIEGMANN	
SED-Führung – Administration – erziehungswissenschaftliche Zentrale. Zur Entwicklung der Machtverhältnisse im Volksbildungsbereich der DDR an der Schwelle zur „entwickelten (real)sozialistischen Gesellschaft“	75
HEIKE KAACK	
Reform im Wartestand. Die Bildungspolitik der DDR im Sommer 1989.....	89
BERND-REINER FISCHER	
Ein auslaufendes Modell. Das Verschwinden des DDR-Wissenschaftlers.....	103
WOLFGANG EICHLER/CHRISTA UHLIG	
Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR	115
HELGA GOTSCHLICH	
Wie gründet man ein Institut?	127

IV.

CHRISTINE LOST

Der pädagogisch-totalitäre Anspruch in der DDR. Seine Entwicklung an Beispielen 139

GERNOT BARTH

Bildung und Politik. Humboldt und die DDR-Pädagogik 149

LOTHAR WIGGER

Die Wende der DDR-Pädagogik. Eine Inhaltsanalyse von „Pädagogik“ und
„Pädagogik und Schulalltag“ 161

WOLFGANG SEITTER

Abwicklung museal geronnener Geschichte. Bemerkungen
zur museumspädagogischen Arbeit in der DDR 181

V.

CHRISTOPH FÜHR

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Lehrerbildung in den neuen Ländern.
Ihre Entstehung und ihre Zielsetzungen 195

WOLFGANG EDELSTEIN/ULRICH HERRMANN

Potsdamer Modell der Lehrerbildung 199

HEINZ-HERMANN KRÜGER/THOMAS RAUSCHENBACH

Über die Schwierigkeiten deutsch-deutscher Annäherung. Notizen zum „Neuaufbau“
der Erziehungswissenschaft am Beispiel Halle 219

PETER MENCK

Pädagogik in und nach der Wende. Ein Beispiel 237

VI.

ELKE BOVIER/KLAUS BOEHNKE

Einheit? Ein Vergleich der Werthaltungen von Ost- und Westberliner
Lehramtsstudentinnen und -studenten vor der Währungsunion 245

BERND STICKELMANN

Sozialpädagogik als Westimport? Erfahrungen in der Fortbildung 259

YVONNE G. LÜDERS

Protokoll eines schwierigen Forschungseinstiegs 273

HELMUT HAFEMANN

Von der Schwierigkeit, Demokratie und Selbstorganisation einzuüben.
Erfahrungen im Aufbauprozeß des Landesjugendrings Thüringen 283

VII.

PETER DUDEK/H.-ELMAR TENORTH

Transformationen der deutschen Bildungslandschaft. Rückblick in prospektiver
Absicht 301

Autorenspiegel 329

Reform im Wartestand

Die Bildungspolitik der DDR vor der Wende

„Keine Verleumdung kann die historische Wahrheit und Erfahrung vom Tisch fegen, daß der Sozialismus die einzige Gesellschaftsordnung ist, die das Recht der Jugend auf freie Entfaltung ihrer Fähigkeiten, ihrer Persönlichkeit garantiert“¹ – so MARGOT HONECKER, Ministerin für Volksbildung der DDR, in ihrer vierstündigen Rede auf dem IX. Pädagogischen Kongreß im Juni 1989. Noch einmal konnte sie vor den 4.200 Delegierten aus allen fünfzehn Bezirken des Landes die vermeintlich großen Erfolge ihrer Bildungspolitik herausstellen, dabei das sozialistische Bildungswesen als eine der „größten Errungenschaften des Sozialismus“ auf deutschem Boden beschwören und die Verwirklichung einer „wahrhaft demokratischen humanistischen Bildung“ für alle Kinder des Volkes preisen. Es sollte ihr letzter großer Auftritt sein. Viereinhalb Monate später, am 2. November 1989, räumte sie ihren Platz; lautlos, unspektakulär – nicht einmal von ihren persönlichen Mitarbeitern mochte sie sich verabschieden. Auch auf der Bezirksschulrätekonzferenz in Berlin zwei Tage zuvor waren mit keinem Wort Rücktrittsabsichten geäußert worden. Den sensiblen Beobachter dieser Konferenz hätte es allerdings nachdenklich stimmen müssen, wie die Ministerin – in völliger Kehrtwendung zu früheren Äußerungen – versuchte, den möglichen Einfluß der Volksbildung auf die Erziehung der Jugendlichen abzuschwächen. Massive außerschulische Faktoren wie zerrüttete Familien, konterrevolutionäre Gruppen, westliche Medien hätten sich in letzter Zeit äußerst ungünstig auf Einstellung und Verhalten vieler junger Menschen ausgewirkt.²

MARGOT HONECKER handelte in kluger Voraussicht, als sie den Ministerrat der DDR bat, sie von ihrem Amt als Volksbildungsministerin zu entbinden; denn längst war mit der ungarischen Grenzöffnung, den Botschaftsbesetzungen in Ostberlin, Budapest, Prag und Warschau, den großen Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderen Städten der DDR – sichtbar für jedermann – die „Wende“ eingeläutet worden. Ihre kämpferischen Worte, die Zeit brauche eine Jugend, die sich für den Sozialismus einsetze, „die ihn verteidigt mit Wort und Tat, und, wenn nötig, mit der Waffe in der Hand“,³ hatten sich ins Gegenteil verkehrt. Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen fühlte sich aufgerufen, nicht für, sondern gegen den Sozialismus anzutreten. Das groß angelegte Konzept einer sozialistischen Allgemeinbildung für eine Schule, „die sich als Instrument eines Staates versteht, der die Interessen des ganzen werktätigen Volkes vertritt“,⁴ war endgültig gescheitert. Ent-

- 1 Redemanuskript MARGOT HONECKERS für den IX. Pädagogischen Kongreß, S. 134, Archiv H. KAACK; veröffentlicht unter: MARGOT HONECKER: Unser sozialistisches Bildungssystem – Wandlungen, Erfolge, neue Horizonte, Berlin 1989.
- 2 Mitteilung eines Mitarbeiters des ehemaligen Ministeriums für Volksbildung an die Autorin im September 1990.
- 3 Redemanuskript MARGOT HONECKERS, a.a.O., S. 37f.
- 4 Ebd., S. 7f.

weder schien das Volk seine wahren Interessen noch immer nicht zu kennen, oder aber seine Interessen stimmten mit denen von Staat und Partei nicht mehr überein.

Tatsächlich war die Kluft zwischen Herrschenden und Beherrschten längst unüberbrückbar geworden. BERTHOLT BRECHT hätte wahrlich allen Anlaß gehabt, seine nach dem 17. Juni 1953 vorgeschlagene „Lösung“ zu wiederholen, die Regierung möge das Volk auflösen und ein anderes wählen, wenn das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt habe. Doch die Machtverhältnisse hatten sich grundlegend gewandelt. Das Gesetz des Handelns ging in einem atemberaubenden Prozeß an das Volk über. Selbstbewußter geworden, forderte es öffentlich demokratische Reformen, einschneidende Veränderungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens.

Das einheitliche sozialistische Bildungs- und Erziehungswesen war einer der zentralen Bereiche, in denen sich die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Theorie und Praxis ständig weiter geöffnet hatte. Es gehörte jedoch wie das Staatssicherheits-, Verteidigungs- und Polizeisystem zu jenen Tabuzonen, die öffentliche Kritik nicht zuließen und daher niemandem von außen ein echtes Mitspracherecht zu grundsätzlichen Fragen gewährten. In ihren bildungspolitischen, erzieherischen und fachinhaltlichen Zielsetzungen auf Kontinuität ausgerichtet, hatte die Bildungspolitik der DDR über die Jahre einer von vielen Bürgern geforderten Neuorientierung widerstanden.

Da mußte manchem der unmittelbar Betroffenen die Nachricht im „Neuen Deutschland“ vom Januar 1988, das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR hätten beschlossen, den IX. Pädagogischen Kongreß für die Zeit vom 12. bis 15. Juni 1989 nach Berlin einzuberufen,⁵ wie ein ferner Silberstreifen am Horizont erscheinen. Noch einmal wollte man an Wandel glauben, auf Veränderung hoffen. Anlaß genug gaben nicht zuletzt die politischen Vorgänge in der Sowjetunion und im übrigen Osteuropa, GORBATSCHOWS Perestroika, sein vorsichtiges Bekenntnis zu mehr Demokratie, Pluralismus, offenem Meinungs- und Erfahrungsaustausch. Deshalb war die Bereitschaft groß, als – ebenfalls weit im Vorfeld des Kongresses – die Deutsche Lehrerzeitung ihre Leser ansprach und zur Mitarbeit ermunterte: „Alle sind gefordert, ihre Gedanken und Ideen, ihre Erfahrungen und Erkenntnisse einzubringen, aufs neue zu überdenken, was zu tun ist, um die Bildungs- und Erziehungsarbeit weiter zu qualifizieren ...“⁶

Hunderte fühlten sich aufgerufen, in Form von Anfragen, Vorschlägen oder Hinweisen zu aktuellen Bildungs- und Erziehungsfragen Stellung zu beziehen. Dabei gingen besonders kräftige Impulse von den verschiedenen Friedensgruppen aus, die hauptsächlich in oder am Rande der Kirche angesiedelt waren und in denen sich viele unterschiedliche Überzeugungen und Anschauungen miteinander verbanden. Sie alle wollten mit ihrem jeweils spezifischen Beitrag zu einer umfassenden gesellschaftlichen Diskussion beitragen, um damit die für notwendig erachteten Reformmaßnahmen vorzubereiten. Viele von ihnen baten zudem die Ministerin für Volksbildung um die Eröffnung eines Dialogs über die anstehenden Probleme und zeigten sich zuversichtlich, daß endlich Verständnis und Verständigung möglich sein würden.

Doch die großen Leitlinien für den Kongreß standen längst fest. Sie wurden bereits auf der elfjährigen Wegstrecke vom VIII. zum IX. Pädagogischen Kongreß mit dem X. und XI. Parteitag der SED in den Jahren 1981 und 1986 markiert. Die historische Chance der

5 Vgl. „IX. Pädagogischer Kongreß für Juni 1989 nach Berlin einberufen“, in: Neues Deutschland vom 26. 1. 1988.

6 Deutsche Lehrerzeitung 4/1988, S. 1.

notwendigen Kursänderung einer gescheiterten Bildungspolitik wurde nicht erkannt. Neue Weichenstellungen waren nicht vorgesehen – eine kontinuierliche Weiterentwicklung des sich längst in der Sackgasse befindlichen Bildungswesens blieb oberste Maxime. Mit Blick auf die Anforderungen an eine sozialistische Gesellschaft beim Übergang ins nächste Jahrtausend hatte die Partei folgende Schwerpunkte gesetzt:

- eine Positionsbestimmung der sozialistischen Allgemeinbildung vorzunehmen, daraus resultierend
- neukonzipierte Lehrpläne und Unterrichtshilfen bis 1990 einzuführen sowie vor allem
- die politisch-ideologische Erziehung zu intensivieren.

Dahinter stand die dringende und verschärfte Forderung an Lehrer, Erzieher und Schulfunktionäre, wirksamer als bisher im Rahmen der zehnjährigen Polytechnischen Oberschule eine allgemeine und gleiche Bildung auf hohem Niveau für alle Schüler zu erreichen, dabei auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Weltanschauung das sozialistische Bewußtsein jedes einzelnen zu erhöhen sowie die kommunistische Moral zu stärken.

Der IX. Pädagogische Kongreß war ein bis in die letzten Einzelheiten minutiös vorbereitetes, großangelegtes Spektakel, das vor allem dazu dienen sollte, die weitgehend abgeschlossene Umsetzung des von der SED aufgestellten bildungspolitischen Programms so öffentlichkeitswirksam wie möglich zur Schau zu stellen.

Bereits im Mai 1988 hatte das Organisationsbüro des Kongresses mit den politisch-organisatorischen Vorbereitungen begonnen. Eine seiner wichtigsten Aufgaben war die Überprüfung und Bestätigung der Auswahl der Teilnehmer und der Zusammensetzung der Bezirksdelegationen. Ausgehend von der Prämisse „daß die *Teilnehmer* [Hervorhebung durch d. Verf.] die Atmosphäre und das politische Klima auf dem IX. Pädagogischen Kongreß bestimmen“, hatte die „politische Absicherung“ aller Teilnehmervorschläge aus den Bezirken oberste Priorität.⁷ So waren am Auswahlprozeß neben den Bezirks- und Kreis schulräten sowie den Direktoren der Schulen ebenso die Parteisekretäre der Schulparteiorganisationen der SED und die Vorsitzenden der Schulgewerkschaftsleitungen beteiligt. Bis zuletzt hatten die Bezirksschulräte der politischen Arbeit ihrer Delegationen „volle Aufmerksamkeit zu widmen“.⁸ Insgesamt wurden 3.670 Lehrer, Erzieher, Direktoren sowie Schulfunktionäre und – wie es in den einschlägigen Dokumenten heißt – Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Bereiche, z.B. Elternvertreter, FDJ-Lehrerstudenten, Bürgermeister und Ratsvorsitzende der Kreise, ausgewählt. Dazu kamen 170 Teilnehmer aus dem zentralen Bereich der Volksbildung sowie weitere Vertreter aus Bereichen des politischen und geistig-kulturellen Lebens. Ähnlich sorgfältig und generalstabsmäßig vorbereitet wie die Aufstellung der Delegierten erfolgten auch Auswahl und Aufbereitung der einzelnen Reden und Diskussionsbeiträge des Kongresses.

Alle inhaltlichen und organisatorischen Details wurden schließlich im „Drehbuch“⁹ des Organisationsbüros festgehalten. Selbst Zeitpunkt und Dauer der Beifallskundgebungen überließ man nicht dem Zufall.

Wo blieben da noch Raum und Zeit für die von so vielen Menschen der DDR ge-

7 Zur Arbeit des Organisationsbüros siehe die Berichte über den Stand der politisch-organisatorischen Vorbereitung des IX. Pädagogischen Kongresses für die Ministerdienstbesprechungen am 17.1. und 4.4.1989, Archiv H. KAACK.

8 Ebd.

9 Dieses Drehbuch existiert tatsächlich; es befindet sich im Bundesarchiv Potsdam, R2.

wünschte und herbeigesehnte fruchtbare Diskussion und konstruktive Auseinandersetzung?

Wieviel Briefe das Ministerium für Volksbildung im Vorfeld des Kongresses tatsächlich erreichten, ist heute mit Sicherheit nicht mehr festzustellen. Die Posteingangsbücher können kaum Hinweise geben. Sie enthalten über die Jahre bis Mitte Oktober 1989 so gut wie ausschließlich Eingaben in Form von *persönlichen* Beschwerden, Einsprüchen, Anfragen oder Forderungen, wie z.B.

- Anfragen von Lehrern zu Wohnungsproblemen, zur Gehaltsberechnung, zur Altersversorgung;
- Beschwerden wegen Nichtzulassung zur Abiturstufe, zu einer Spezialschule, zum Studium;
- Forderungen nach mehr Schulbüchern, sicherem Schulweg, Bau einer Schulturnhalle.¹⁰

Inhaltliche Vorschläge – insbesondere solche zu grundlegenden Veränderungen von Schule – sind nicht zu finden. Das legt den Schluß nahe, daß die unmittelbar an den Kongreß gerichteten Briefe in einem gesonderten – heute nicht mehr auffindbaren – Posteingangsbuch registriert wurden. Aus internen Unterlagen der Eingabenstelle des Ministeriums geht lediglich hervor, daß im Zeitraum Februar 1988 bis kurz vor Beginn des Kongresses 258 Zuschriften an die Ministerin für Volksbildung persönlich gerichtet waren, 403 das Organisationsbüro erreichten und 447 dem Ministerium über den Zentralrat der FDJ zugesandt wurden.

Nach Durchsicht der Briefe sonderte die Eingabenstelle diejenigen, die „wertvolle Anregungen“ für den Kongreß enthielten, aus, leitete sie den jeweils zuständigen Fachabteilungen des Ministeriums zur Beantwortung zu und unterrichtete die Antragskommission, die wiederum eine „sorgfältige Auswertung dieser konstruktiven Beiträge“ in ihren Bericht zum IX. Pädagogischen Kongreß einfließen ließ.¹¹

Diejenigen Wortmeldungen jedoch, die mehr oder minder kritisch auf die Schwachstellen des Bildungssystems verwiesen, vornehmlich Zuschriften aus kirchlichen Kreisen, „erhielt der Staatssekretär zur Entscheidung“.¹²

Die vom Ministerium beantworteten Eingaben sind nicht archiviert. Nur die überlieferten internen Eingabenanalysen geben Auskunft über die inhaltlichen Hauptrichtungen. Da werden „zur erfolgreichen praktischen Umsetzung unseres weiterentwickelten Konzepts sozialistischer Allgemeinbildung“

- Vorschläge unterbreitet zur inhaltlichen Weiterentwicklung einzelner Unterrichtsfächer, insbesondere – mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und die politisch-moralische Erziehung – zu Polytechnik und Staatsbürgerkunde;
- Hinweise gegeben zur Optimierung der Bildungs- und Erziehungsarbeit durch Verhinderung von Unterrichtsausfall, Verbesserung des Schulnetzes, Veränderung des Tagesablaufs in Schule und Hort;

10 Siehe Posteingangsbücher des Ministeriums für Volksbildung vom 9.9.1985 bis 31.10.1990, Bundesarchiv Potsdam, R 2, D 2001 bis 2005.

11 Vgl. Bericht der Antragskommission, vorgetragene Fassung, S. 3ff., Archiv H. KAACK.

12 „Genossin HONECKER zur Kenntnis, Überblick über die Zuschriften zum IX. Pädagogischen Kongreß“, Bericht der Leiterin der Eingabenstelle vom 17. Mai 1989, Archiv H. KAACK.

- Überlegungen angestellt zur Ausweitung des fakultativen Unterrichts in der Oberstufe der POS sowie zur inhaltlichen Ausgestaltung der Abiturstufe vornehmlich in den Fächern Mathematik und Geschichte.¹³

Was aber geschah mit den Bürgereingaben, die MARGOT HONECKERS Staatssekretär WERNER LORENZ zur Begutachtung vorgelegt wurden?

Von diesen Briefen erfuhr die Öffentlichkeit nichts. Selbst die Kongreßteilnehmer erhielten nur den Hinweis, daß die Antragskommission „Zuschriften, in denen Mängel aufgezeigt und kritische Hinweise geäußert wurden, ... den entsprechenden Leitungen als Eingaben zur weiteren Bearbeitung übergeben“¹⁴ habe.

Eine dieser „entsprechenden Leitungen“ war offenbar das Ministerium für Staatssicherheit (M. f. S.); denn als Mitarbeiter des Volksbildungsministeriums nach dem Rücktritt des Staatssekretärs Anfang November 1989 rund 250 dieser Eingaben – größtenteils als Kopien – in den Aktschränken entdeckten, trugen viele von ihnen auf der ersten Seite den Vermerk „Keine Antwort, M. f. S.“. Demnach hatte man die Originale dieser Schreiben direkt dem Ministerium für Staatssicherheit übersandt. Glücklicherweise blieben dem allmächtigen und gefürchteten Geheimdienst der DDR nur noch wenige Monate Zeit, um diese unerwünschten, weil zu kritischen Zuschriften zu bearbeiten. Bemerkenswert ist, daß vermutlich zu einem späteren Zeitpunkt versucht wurde, das Kürzel „M. f. S.“ durch Schwärzen mittels Filzstift wieder unlesbar zu machen. Da die Buchstabenfolge dennoch eindeutig zu identifizieren ist, kann davon ausgegangen werden, daß diese Aktion panikartig und unter Zeitdruck erfolgte.

Eine Auswertung dieser unbeantwortet gebliebenen Eingaben¹⁵ ist in zweifacher Hinsicht aufschlußreich. Zum einen zeigt ein Blick auf die jeweiligen Einsender, daß immerhin fast zwei Drittel aller Briefe von Privatpersonen wie Ärzten, Pfarrern, Ingenieuren und Lehrern verfaßt wurden – ein weiteres untrügliches Anzeichen dafür, daß die Bürger der DDR in den letzten Jahren vor der Wende zunehmend selbstbewußter und kritischer das gesellschaftspolitische Geschehen verfolgten und bewerteten. Die Autorenschaft des letzten Drittels setzt sich zusammen aus den unterschiedlichsten kirchlichen Gruppierungen, aus Elternaktiven, Sektionen von Hochschulen, Schülerklassen, Jugendgruppen und ärztlichen Vereinigungen.

Der zweite interessante Aspekt bezieht sich auf die inhaltlichen Aussagen. Ordnet man die Eingaben nach bildungspolitischen Schwerpunkten, so ergibt sich, daß nahezu alle inneren und äußeren Bereiche des Bildungs- und Erziehungssystems von der Kritik erfaßt werden. Zudem wird deutlich, daß die meisten Vorschläge von bemerkenswerter Weitsicht, hohem Realitätsbewußtsein und einem sich daraus ergebenden Pragmatismus gekennzeichnet sind. Viele der Forderungen beinhalten ganze Bildungskonzepte, die das bestehende System von Grund auf verändern wollen. Doch auch hinter Überlegungen wie beispielsweise der Einführung des schulfreien Samstags steckt bei näherer Betrachtung der Eingaben weit mehr als zunächst vermutet wird. Denn nicht nur um ein Mehr an freier Zeit geht es den Einsendern, sondern vor allem auch darum, den Einfluß des Staates zugunsten der Familie zurückzudrängen.

Ungeachtet der Vielfalt der angeschnittenen Probleme basieren alle Wünsche, Gedan-

13 Siehe interne Übersicht des Ministeriums über die inhaltlichen Hauptrichtungen der Vorschläge, Hinweise, Anfragen und Anträge an den IX. Pädagogischen Kongreß, Archiv H. KAACK.

14 Bericht der Antragskommission, a.a.O., S. 2.

15 Nicht registrierte Unterlagen des Ministeriums für Volksbildung, Kopien Archiv H. KAACK.

ken und Forderungen auf einem Grundprinzip: dem Prinzip der Anerkennung der freien Persönlichkeit, ihrer Bedürfnisse und ihrer Rechte. Im Zusammenhang damit wird auffallend häufig die Frage nach ideologiefreien Normen und Wertvorstellungen gestellt, die den Sinn des Lebens neu bestimmten könnten. Vor diesem Hintergrund gewinnen einzelne Aspekte wie Leistungsdifferenzierung, Einführung von Wahlpflichtfächern, Betonung des musisch-ästhetischen Bereichs eine weit tiefere Bedeutung.

Wenn man die Eingaben im einzelnen analysiert, kristallisieren sich fünf Problemfelder heraus. Der weitaus größte Teil der Zuschriften setzt sich mit „Grundsätzlichen Überlegungen zur Veränderung des Bildungswesens“ (Problemfeld I) auseinander. Darin fordern die Autoren die Entideologisierung der Bildungsinhalte, Erziehung zur gewaltfreien Konfliktbewältigung und zur Dialogfähigkeit, Abschaffung des Wehrunterrichts, stärkere Gewichtung der musischen Fächer, Behandlung ethisch-moralischer Fragen, Betonung der ökologischen Verantwortung, Chancengerechtigkeit für alle.

Es folgen Vorstellungen zur „Ganzheitlichen Betrachtung des Schülers als Persönlichkeit“ (Problemfeld II), was u.a. meint: Wecken von Lernfreude, Kreativität und Phantasie, angstfreies Lernen, Erziehung zu Eigenverantwortung und Entscheidungsfreude, bessere individuelle Förderung. Des weiteren werden Gedanken zur „Demokratisierung von Schule und zur Erziehungsverantwortung der Eltern“ (Problemfeld III) geäußert, in denen vor allem der Wunsch nach einem verstärkten Mitspracherecht der Eltern und Schüler in schulischen Angelegenheiten, Beachtung des Ersterziehungsrechts der Eltern sowie größerer pädagogischer Freiheit der Lehrer und Herstellung eines vertrauensvollen Lehrer-Schüler-Verhältnisses zum Ausdruck kommt.

Schließlich sind auch gezielte Vorschläge zur „Veränderung der Struktur des Bildungswesens“ (Problemfeld IV), beispielsweise zur stärkeren Differenzierung der Bildungswege und zur Einführung neuer Fächer, Unterrichtsmethoden und -formen sowie zu „Schulorganisatorischen und materiellen Fragen“ (Problemfeld V) zu finden, wozu die Forderungen nach Senkung der Klassenfrequenzen, Bereitstellung fehlender Unterrichtsmittel und Einführung der 5-Tage-Unterrichtswoche zählen.

Zu Problemfeld I

(Grundsätzliche Überlegungen zur Veränderung des Bildungswesens)

Hier wird in einer Reihe von Briefen vorgeschlagen, eine „umfassende Friedenserziehung im Sinne des Neuen Denkens“ in den Schulen einzuführen. Dazu sollten als erstes alle militärverherrlichenden Themen zur Feindbild- und Haßerziehung aus Lehrerbüchern, Lehr- und Erziehungsplänen entfernt sowie die obligatorische vormilitärische Ausbildung und ihre Verknüpfung mit dem Zugang zu bestimmten Bildungswegen und Berufen abgeschafft werden. Anstelle des Wehrunterrichts könne ein Unterrichtsfach Friedenserziehung treten, das vor allem die Aufgabe habe, konfrontatives Blockdenken abzubauen und neue Wege zur Erhaltung des Friedens in der Welt aufzuzeigen. Auch die Inhalte des Faches Staatsbürgerkunde seien neu zu überdenken. Statt einer staatlich vorgegebenen Ideologie, die das Wahrheitsmonopol für sich beanspruche, müßten den Schülern allgemeingültige ethisch-moralische Werte sowie auch andere Weltanschauungen und Religionen in objektiver Darstellung vermittelt werden.

Besonders wichtig sei in diesem Zusammenhang eine Erziehung zur Dialogfähigkeit, zu fairer Auseinandersetzung und, damit verbunden, die Einübung von Toleranz Anders-

denkenden gegenüber. Lehrer und Schüler dürften nicht länger Angst davor haben, ihre wahre Meinung öffentlich zu vertreten.

In vielen Eingaben wird darüber hinaus bemängelt, daß die neuen Lehrpläne die globalen Menschheitsprobleme nicht hinreichend berücksichtigten. Vor allem ökologische Fragestellungen würden kaum erwähnt. Die Jugend müsse erfahren, daß – mit Blick auf die anderen Völker dieser Erde und die nachfolgenden Generationen – jeder einzelne verpflichtet sei, insbesondere in diesem Bereich verantwortlich zu handeln.

Zu Problemfeld II

(Ganzheitliche Betrachtung des Schülers als Persönlichkeit)

In diesen Wortmeldungen wird bemängelt, daß das Bildungssystem der DDR den Schüler als Objekt der Bildung und Erziehung betrachte, das sich – eingebunden in das sozialistische Gesellschaftssystem – anzupassen, einzufügen und unterzuordnen habe. Statt dessen plädiert man für eine „neue Sichtweise“ des Kindes als eines vollwertigen und gleichberechtigten Partners im Prozeß des Lehrens und Lernens. Eigenständiges Denken, Spontaneität und Phantasie der Schüler müßten gefördert und nicht verhindert werden. Nur so sei das Erziehungsziel, die umfassend und allseitig gebildete Persönlichkeit, zu erreichen. Dagegen zähle bisher vor allem die Anpassung an Normativ-Vorgegebenes, sei Kritik nicht erlaubt. Warum nur, wird häufig gefragt, müsse der Sozialismus Individualität und Kreativität so sehr fürchten? Diese Angst vor Vielfalt und Unterschiedlichkeit habe einen hohen Preis. Sie führe zu Heuchelei und Erstarrung. Dazu komme die ausschließliche Leistungsorientierung, die den Schülern schon nach kurzer Zeit die Motivation zum und die Freude am Lernen nehme, was letztlich eine der Hauptursachen zunehmender Schulmüdigkeit sei. Zensuredruck und zu häufige Kontrollarbeiten würden zu Dauerstreß führen, die einseitige Orientierung auf mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer eine geistige, musische und seelische Verarmung zur Folge haben. Auch könne es nicht länger gehen, daß unterschiedlich begabte Schüler gemeinsam in gleicher Weise unterrichtet würden. Dadurch müßten einerseits Spitzenbegabungen verkümmern, andererseits hätten leistungsschwächere Schüler größte Schwierigkeiten, den gestellten Anforderungen auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Das einheitliche sozialistische Bildungssystem verhindere eine optimale individuelle Förderung und müsse deshalb von Grund auf reformiert werden.

Zu Problemfeld III

(Demokratisierung von Schule – Erziehungsverantwortung der Eltern)

Die zu diesem Bereich geäußerten Vorschläge basieren überwiegend auf dem Gedanken, daß eine demokratische Schule nur durch „partnerschaftlich orientierte Lehrerpersönlichkeiten“ geschaffen werden könne. Dazu sei als erstes eine neue Konzeption der Lehrerbildung zu entwickeln, bei der sowohl die Strukturen als auch die Lehrinhalte an den Pädagogischen Hochschulen, den Lehrerbildungsinstituten und den pädagogischen Sektionen der Universitäten grundlegend verändert werden müßten. Umfassendere Kenntnisse in Psychologie, Pädagogik und Soziologie sowie größerer Freiraum zur eigenen Persönlichkeitsentwicklung während des Studiums könnten entscheidend zu einem neuen, stärker partnerschaftlich geprägten Lehrer-Schüler-Verhältnis beitragen. Auch sollten Lehrer

größeren Handlungsspielraum in bezug auf Inhalte und Methoden des Unterrichts erhalten, indem bisherige Lehrpläne durch Rahmenpläne bzw. -richtlinien mit variabel einsetzbaren Unterrichtsmodellen und Themenvorschlägen ersetzt würden.

Beklagt wird auch, daß die Volksbildung die Rolle der Familie als eigenständigen Erziehungsträger zuwenig berücksichtige. Elterliche Erziehung sei nicht durch andere ersetzbar. Es müsse vielmehr eine engere Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus stattfinden. Bessere gegenseitige Information und intensiver, offener Erfahrungsaustausch zwischen Eltern und Pädagogen sowie neuzuschaffende Möglichkeiten für Eltern, den Schulalltag mitzuerleben und mitzugestalten, seien dafür unverzichtbar.

Zu Problemfeld IV (Veränderung der Struktur des Bildungswesens)

Diese Eingaben befassen sich mit Überlegungen, wie über Differenzierung des Unterrichts und neue Unterrichtsformen den unterschiedlichen Begabungen und Neigungen der Schüler besser Rechnung getragen werden könne. Angeregt wird, bereits ab Klasse 5 in bestimmten Unterrichtsfächern zu differenzieren, d.h. Kurse mit unterschiedlichem Leistungsniveau einzurichten. In den höheren Klassenstufen müsse zudem der umfangreiche obligatorische Fächerkanon zugunsten einer stärkeren Spezialisierung reduziert werden. Daneben sei ein breites Spektrum an fakultativ wählbaren Lernangeboten unverzichtbar.

Die Verkürzung der EOS-Zeit¹⁶ auf zwei Jahre reiche für die Vorbereitung auf ein Studium nicht aus. Statt dessen wird die Wiedereinführung der vierjährigen Abiturstufe von Klasse 9 an gefordert.

Immer noch sei der Frontalunterricht in den Schulen die vorherrschende Unterrichtsform. Zur aktiveren Auseinandersetzung des Schülers mit dem Lernstoff sowie zur Erreichung sozialer Erziehungsziele müßten jedoch gleichermaßen Gruppen- und Partnerarbeit, Diskussion, Kreisgespräch und Rollenspiel eingesetzt werden. Außerdem sei das rein abstrakte Lernen durch ein Lernen an selbstgewählten und -verantworteten Projekten (Projektunterricht) zu ergänzen.

Zu Problemfeld V (Schulorganisatorische und materielle Fragen)

Die Forderungen zu dieser Thematik gehen davon aus, daß eine positive Veränderung des an den Schulen vorherrschenden „Klimas“, eine Verbesserung der gesamten „pädagogischen Atmosphäre“, nur zu erreichen sei, wenn auch die materiellen Rahmenbedingungen sich verbesserten. Dazu habe als erstes eine Rekonstruktion und Modernisierung aller Altbau-schulen zu erfolgen. Der schlechte bauliche Zustand der meist achtzig bis hundert Jahre alten Schulen sei nicht länger tragbar. Es könne nicht verwundern, daß Schüler, die den größten Teil des Tages in einer so wenig ansprechenden Umgebung zubringen müßten, jegliche positive Grundeinstellung der Schule gegenüber verlören. Darüber hinaus seien schuleigene Sportplätze und Turnhallen sowie ausreichend große Schulhöfe mit Spiel-

¹⁶ EOS: Erweiterte Oberschule; zum Abitur führende Klassen 11 und 12 im Anschluß an die obligate zehnklassige Polytechnische Oberschule.

ecken und Grünanlagen ebenso erforderlich wie eine schülerfreundlichere Gestaltung der Klassenräume und eine bessere Ausstattung der Schulen mit Fachräumen und technischen Geräten.

In vielen Eingaben wird zudem die Forderung nach Einführung der 5-Tage-Unterrichtswoche erhoben. Bedingt durch die Berufstätigkeit beider Elternteile sei ein Familienleben während der Woche kaum möglich. Der freie Samstag für alle Familienmitglieder könne deshalb ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Zusammengehörigkeit sein und damit die Rolle der Familie in der Gesellschaft aufwerten.

Insgesamt fällt auf, daß bei der Mehrzahl aller kritischen Zuschriften entweder zu Beginn oder am Schluß die Hoffnung zum Ausdruck kommt, man möge die Beiträge als konstruktive Anregungen für die zukünftige Gestaltung des Bildungswesens der DDR betrachten und entsprechend berücksichtigen – ein erneuter Versuch, „Vertrauen zu wagen“.¹⁷ Zudem wird zusätzlich in vielen Fällen um eine bestätigende bzw. bewertende Rückantwort gebeten. Vor diesem Hintergrund ist es nahezu unfaßbar, mit welcher zynischer Unverfrorenheit die ehemals Mächtigen im Ministerium für Volksbildung diese Eingaben – wie eingangs dargestellt – mißachteten bzw. mißbrauchten. Einige Briefe werden im Anhang auszugsweise dokumentiert.

Die Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR gab im Januar 1989 ein Papier heraus mit dem Titel „Erziehung der Jugend – gemeinsames Anliegen“¹⁸, in dem ihre Ideen, Vorschläge und Initiativen für den IX. Pädagogischen Kongreß zusammengefaßt waren. „Christliche Eltern, Gemeinden und Kirchen in der DDR“, heißt es gleich zu Beginn, „verstehen sich auch bei Trennung von Staat und Kirche als Teil der Gesellschaft. Sie möchten in diesem Sinne von erweiterten ‚Bedingungen und Möglichkeiten‘ der Mitverantwortung als Mitgestaltung für gesellschaftliche Grundfragen von Erziehung und Bildung ausgehen und ihren Beitrag formulieren.“¹⁹

Deshalb hatten in der Vorbereitungsphase des Kongresses im konziliaren Prozeß, in Synoden und christlichen Gemeindegruppen, unter Eltern und kirchlichen Mitarbeitern engagierte Gespräche stattgefunden, die schließlich zu zahlreichen Stellungnahmen führten. Dabei werden – bei aller Unterschiedlichkeit im Detail – gemeinsame Grundpositionen sichtbar, die sich wiederum weitgehend mit den oben genannten fünf Problemfeldern decken.

Doch wie die anderen kritischen Bürger bzw. Bürgergruppen mußten sich auch die Kirchen in den Wochen und Monaten nach dem IX. Pädagogischen Kongreß fragen, welchen Sinn ihr Mitdenken und ihre Mitarbeit im Vorfeld gehabt hatten. Kaum etwas von ihren wohlgedachten Veränderungsvorschlägen wurde spürbar in die bildungspolitische Praxis umgesetzt. Kritik, und sei sie noch so konstruktiv und berechtigt, galt als systemfeindlich, war daher unerwünscht und wurde schließlich in vielen Fällen – durch die Weitergabe an das Ministerium für Staatssicherheit – als staatsgefährdend behandelt. Erneut zeigte sich, daß die nach ihrem Selbstverständnis fortschrittliche und zukunftsorientierte Bildungspolitik der DDR in der Realität lern- und erneuerungsunfähig war. Sie spiegelte damit letztlich nur den desolaten Zustand von Partei, Staat und Gesellschaft wider, der wenige Monate später zum totalen Zusammenbruch führen sollte.

Im Lichte dieser die Zeichen der Zeit neugierenden Politik kann es nicht verwundern,

17 Motto der evangelischen Kirchentage in der DDR im Jahre 1983.

18 Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (Hrsg.): Erziehung der Jugend – gemeinsames Anliegen. Informationen und Texte 1/89.

19 Ebd., S. 1.

daß die Ministerin für Volksbildung auf ihrer ersten Dienstbesprechung nach Ende des Kongresses sehr schnell zur Tagesordnung übergeht. In ihrer kurzen Stellungnahme zu Beginn orientiert sie sich vor allem an den für den Kongreß und die zukünftige bildungspolitische Arbeit festgelegten Leitlinien der Partei: „Durch alle Mitarbeiter sind die Kongreßmaterialien, einschließlich der nicht gehaltenen Diskussionsbeiträge, gründlich zu studieren. Die Auswertung der 8. ZK-Tagung der SED und des IX. Pädagogischen Kongresses ist als Einheit zu betrachten.“²⁰ Die vielen kritischen Fragen, Hinweise und Anregungen aus der Bevölkerung erwähnt MARGOT HONECKER mit keinem Wort.

So wird noch einmal der demokratische Scheincharakter des Kongresses entlarvt und zugleich deutlich, daß die Bildungspolitik der DDR ausschließlich dem Primat der Partei unterworfen war.

Eingaben (Auszüge)

Brief 1:

Ein besonders wichtiges Anliegen ist uns die Erziehung zum Frieden. Wir teilen die Zielvorstellungen und Erwartungen, wie sie in den Dokumenten der Ökumenischen Versammlung in Dresden beschlossen worden sind. Insbesondere wird darin auf die Notwendigkeit hingewiesen, Vorurteile und Feindbilder in der Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen abzubauen. Auch die Ausbildung in der Schule sollte dazu beitragen, daß unsere Kinder zur friedlichen Konfliktlösung befähigt werden. In den Dokumenten der Ökumenischen Versammlung wird dazu unter anderem genannt:

- umfassende Friedenserziehung im Sinne des Neuen Denkens in den Erziehungseinrichtungen und die Abschaffung des Wehrunterrichts an den Schulen,
- die Entfernung militärverherrlichender Inhalte und Tendenzen zur Feindschafts- und Haßerziehung aus Lehrbüchern, Lehr- und Erziehungsplänen,
- die Abschaffung der obligatorischen vormilitärischen Ausbildung und ihrer Verknüpfung mit dem Zugang zu bestimmten Bildungswegen und Berufen.

Wir möchten jeden Schritt unterstützen, der diesen von der Ökumenischen Versammlung genannten Zielvorstellungen und Erwartungen entgegenkommt. Zum Beispiel wäre es als erster Schritt in diese Richtung sehr zu begrüßen, wenn die Teilnahme am Wehrkundeunterricht und an der vormilitärischen Ausbildung nicht mehr obligatorisch gefordert wird.

J. und K. H., Dresden

Brief 2:

- Das Fach Staatsbürgerkunde vermittelt den Schülern nur eine Ideologie, die das Wahrheitsmonopol für sich beansprucht. Sie werden für das Wiederholen von vorgegebenen, oft sogar überholten Phrasen mit guten Noten belohnt, eigene Meinungsäußerung ist nicht gefragt. Noten in diesem Fach sind ganz überflüssig, wie das Fach in seiner jetzigen Form an sich nicht mehr zu halten ist. Den Schülern müssen allgemeine ethische und moralische Werte und ein kommentarfreier Querschnitt aller Ideologien und Religionen vermittelt werden
- das Fach Wehrkunde ist angesichts der umfassenden Abrüstungsbestrebungen in Euro-

²⁰ Protokoll der Dienstbesprechung am 20. Juni 1989, Ministerium für Volksbildung, Sekretariat des Ministers, Vertrauliche Leitungssache, Archiv H. KAACK.

pa unverzüglich abzusetzen. Meine Kinder werden dieses Fach nicht besuchen! Überhaupt muß jegliche Beeinflussung der Schüler zu Haß und Aggressivität gegenüber anderen Menschen aufhören! Weshalb gibt es kein Fach Friedenserziehung??

- das Fach Geschichte behandelt nach meiner Auffassung zu ausgiebig und ermüdend die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, wobei die Weltgeschichte zu kurz kommt
- die Freizeit der Schüler wird auf Kosten der Familie zu stark durch Hausaufgaben und außerschulische Maßnahmen beansprucht
- der Beginn der großen Ferien sollte gestaffelt werden, um den stoßmäßigen Ansturm auf Straßen und Urlaubsgebiete zu verringern
- die Persönlichkeit des Schülers, seine weltanschauliche oder religiöse Zugehörigkeit muß stärker respektiert werden
- die uniforme Organisiertheit aller Schüler halte ich für ein Übel, weil dies später zu nicht gewollten Verhaltensweisen führen kann
- Lehrer müßten mehr freie Hand für die Art ihrer Unterrichtsführung erhalten.

Die Schule hat nach meiner Auffassung in erster Linie anwendbares Wissen zu vermitteln und nicht Ideologie; sie hat aufrichtige, gebildete Menschen zu formen, die ihre Meinung frei äußern und auch ausdrücken können, die humanistische Wertvorstellungen besitzen, sich dem Gewissen verpflichtet fühlen, Autoritäten hinterfragen, die umweltbewußt leben wollen und jegliche Gewalt ablehnen. Leider ist das bisher dem sozialistischen Bildungssystem nicht gelungen, deshalb ist es legitim, an verschiedenen Grundsätzen ernsthaft zu zweifeln. Beweise dafür gibt es genügend, allein die Tatsache, daß ein Freidenkerverband aus der Versenkung gehoben wird, der z.B. jungen Menschen Ethik, Moral und Weltbild vermitteln will, spricht für sich! Was hat denn eigentlich die Volksbildung in den letzten Jahrzehnten getan?

Ich persönlich halte es mit PESTALOZZI, der Schüler statt Schafe wollte! R. D., Suhl

Brief 3:

„Bei uns weiß jede Mutter, jeder Vater: Hierzulande wird alles getan, damit die Kinder körperlich und geistig gesund heranwachsen, damit sie ihre Fähigkeiten, ihre schöpferischen Kräfte allseitig entfalten können, dazu ist allen gleichermaßen der Zugang zu Bildung und Kultur geöffnet. Der Mensch im Sozialismus kennt nicht die Angst vor dem morgigen Tag.“ (Zitat: MARGOT HONECKER, Internationales Jahr des Kindes, Beiträge zum Menschenrecht auf Bildung 1/79)

Wird in unseren Schulen wirklich alles getan, daß Kinder körperlich und geistig gesund heranwachsen und sich ihre Fähigkeiten und ihre Persönlichkeit schöpferisch und ganzheitlich entwickelt? In Gesprächen mit Kindern und Jugendlichen, beim Beobachten unserer eigenen Kinder und beim Durcharbeiten von Lehrplänen und Schulbüchern drängt es uns zu wichtigen Anfragen an das Schulsystem der DDR. Vielleicht lassen sich diese Anfragen alle davon ableiten, daß Kinder in den Schulen vornehmlich als gesellschaftliche Wesen betrachtet werden, die eingebunden sind in ein Gesellschaftssystem. Daß darüber hinaus ein Kind auch eine Einzelpersönlichkeit ist, die es in sich zu entfalten und deren schöpferische Ideen und Fähigkeiten es herauszulocken gilt, sollte als deutlicher Zielpunkt erkannt werden. Symptomatisch dafür scheint uns vor allem der sehr stark auf Höchstleistungen und das Erlangen von möglichst großem Spezialwissen orientierte Unterricht zu sein, in dem die kognitiven Elemente überwiegen. (...)

Es ist anzustreben, den international neuen Wegen der Entwicklung der Pädagogik mehr Aufmerksamkeit zu schenken, sie aufzugreifen und das öffentliche Gespräch mit Bürgern der Gesellschaft in Form von Hearings zu pflegen.

Wir schreiben diesen Brief in der Hoffnung, daß Grundsätzliches im Schulsystem geändert wird, daß Lehrern und Schülern mehr Möglichkeiten zu Individualität und Kreativität eröffnet werden, daß der Unterricht weniger die Angst als Erziehungsmittel nutzt als Liebe und Partnerschaft, daß nicht so sehr Disziplin im Vordergrund steht als die Entwicklung eines Verantwortungsgefühls, die Sensibilisierung für Mitmenschen und Umwelt und die Förderung ganzheitlicher Persönlichkeiten. Damit hoffen wir, daß die heranwachsende Generation die Last der Herausforderungen unserer Zukunft tragen kann.

Wenn dies alles mitbedacht wird, dann wird jede Mutter, jeder Vater wissen, daß in unserer Schule wirklich alles getan wird für die Entwicklung unserer Kinder, und sie schon heute keine Angst haben müssen vor dem morgigen Tag in der Schule. G. M., Stendal

Brief 4:

Ziel einer umfassenden Bildung muß es sein, den Menschen in seinem ganzen Wesen wahrzunehmen und zu fördern. Eine solche Schulbildung ist Grundlage einer zeitgemäßen und zukunfts-offenen Gesellschaft, die auf demokratischer Basis stehen soll.

Bis heute hat das sozialistische Bildungssystem ganz offensichtlich und augenscheinlich Menschen geformt, die nicht oder in sehr geringem Umfang in der Lage sind, eine persönliche, selbstbestimmte Haltung öffentlich zu vertreten. Verängstigte, fremdbestimmte, in zwei Welten lebende, oft orientierungslose und gleichgültige Menschen sind in der überwiegenden Mehrheit das Resultat der Erziehungsarbeit, um nur einige Auswirkungen zu nennen.

Der Friedenskreis Suhl will aus diesen Gründen keine „Schönheitsfehler“ korrigieren, sondern das sozialistische Bildungssystem in seiner Gesamtheit in Frage stellen, zumal es auch in einer Zeit entstanden ist, wo kalter Krieg, Personenkult usw., eben „altes Denken“ an der Tagesordnung waren. Heute entspricht das sozialistische Bildungswesen nicht den Anforderungen unserer Zeit.

Wir lehnen das Bildungsmonopol des Staates ab. Es genügt allein der Grund, daß Staat und Partei nicht voneinander getrennt sind. Wir befürworten einen Pluralismus im Bildungssystem, z.B. konfessionelle und Privatschulen. Wir lehnen es ab, wenn von der umfassenden allseitigen Bildung geredet, aber in der Praxis eine einseitige Entwicklung gefördert und begünstigt wird. Am Ende des Erziehungsprozesses steht dann nicht der umfassend und allseitig gebildete Mensch, sondern allzuoft ein diszipliniertes, sich unterordnendes, farbloses Individuum. Wo Konformismus und Nachplappern mehr gelten als eigenständiges kritisches Denken, können wir nicht schweigen.

Wir lehnen die permanente Bevormundung von Schülern und deren Eltern ab, die auf dem Grundsatz fußt, der Lehrer, die Schule, die Partei wissen immer, was richtig und falsch, wahr und unwahr ist. Das sozialistische Bildungssystem wird dem Menschen in seinem ganzen und komplizierten Wesen (Phantasie, Kreativität, Individualität, Spontaneität, Spiritualität usw.) nicht gerecht. Es werden darum Menschen in vorgefertigte Muster und Rollen gepreßt, denen sie nur unter Inkaufnahme von Strafe und Nachteilen entweichen können. Dies führt zu der schizoiden Haltung, daß nach außen Zustimmung bekundet und nach innen aus der Gesellschaft emigriert wird. Christlicher Friedenskreis Suhl

Brief 5:

Wir plädieren für eine Veränderung von solchen Strukturen in der Volksbildung, welche das zentralistische Prinzip manifestieren, zum Beispiel durch:

- Realisierung von Basisdemokratie durch Mitbestimmung von Schülern und Eltern in demokratisch gewählten Gremien in allen Fragen der Bildung und Erziehung,
 - Veränderung des Weisungsgefälles Ministerium – Schulrat – Bildungseinrichtungen,
 - Modifizierung von Rahmenbedingungen für das gesamte pädagogische Handeln, welche durch das Ministerium für Volksbildung und die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR erarbeitet und vorgeschlagen werden, entsprechend den Bedingungen an jeder Bildungseinrichtung nach Diskussion und Absprache in den pädagogischen Räten,
 - Wählbarkeit von Direktor/in und Schulrat/rätin sowie Amtsperioden z.B. zwischen zwei und fünf Jahren,
 - Aufbrechung des Prinzips vom einheitlich handelnden Pädagogenkollektiv in Richtung auf das Prinzip der gemeinsamen Diskussion zur Problemlösung zum Nutzen der Lernenden und Lehrenden.
- Arbeitsgruppe „Pädagogischer Kongreß“ an der
Evangelischen Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogik Potsdam

Brief 6:

Im Ergebnis intensiver Gespräche mit einer Gemeindegruppe möchte ich folgende Punkte als Kritik und Anregung an den Vorbereitungsausschuß des 9. Päd. Kongresses weitergeben. Diese Anfragen sind im Gespräch entstanden, stellen aber jetzt meine persönliche Meinung dar. (...)

Die Bedrohung der Umwelt, ja ihre fortschreitende Zerstörung muß ehrlicher in das Bewußtsein der Schüler dringen. Wäre nicht Umweltkunde jetzt wichtiger als Wehrkunde für Schüler?

Das System der zwei Schulphasen (POS und EOS), das im Bereich der Altmark fast alternativlos gilt, wird den meisten Schülern nicht gerecht. Für die Begabteren bedeutet es eine Unterforderung in der 9. und 10. Klasse – und in der Folge eine Überforderung der EOS bei der Aufgabe, diese Schüler in zwei Jahren zur Hochschulreife zu führen. Die meisten Schüler sind normal begabt. Unter ihnen müßte darum sehr differenziert werden. Denn es gibt eine steigende Zahl verhaltensgestörter Kinder, für die die Arbeitsprinzipien der Sonderschulen hilfreich sind. Wir finden dieses Prinzip entwicklungsfähig auch für einen großen Teil der normalen Schüler. Die besondere Chance liegt darin, daß die Sonderschule intensiver auf die personalen Bedingungen des einzelnen Schülers eingeht. Gerade das vermisste ich an der normalen POS. Darunter leiden viele Schüler.

Ich frage mich z.B. mit vielen Eltern, warum Schüler, denen die Voraussetzung für das Erlernen der Fremdsprache „Russisch“ erkennbar abgehen, dennoch gezwungen werden, sich bis zum Ende der 10. Klasse damit rumzuquälen. Gerade als Eltern beobachten wir mit Sorge, daß unseren Kindern immer mehr Stoff beigebracht wird, daß sie aber den Sinn für das Wesentliche immer mehr verlieren. Sie wissen bei allem Lernen immer weniger, worum es geht. Wissen dringt nicht ein. Es formt sich keine innere Anschauung.

L. M., Arendsee

Anschrift der Autorin

Heike Kaack, Sundgauer Str. 46, 1000 Berlin 37.